



Sichtachse

Potsdamer

Im Rückblick: Die SVV vom 4. September 2013

Naturgemäß ist die erste SVV nach der Sommerpause mit neuen Anträgen mehr als ausgelastet. In diesem Jahr waren es 73.

Die Beschlussfassungen einer Satzung über eine Tourismusabgabe und einer Satzung über eine Übernachtungssteuer wurde von der Verwaltung nach ihrer Einbringung in den Haupt- und den Finanzausschuss überwiesen. Damit war eine Entscheidung verlagert. Es besteht seitens der Verbände und ebenso bei den Stadtverordneten noch großer Informationsbedarf. Bereits in den Redebeiträgen wurde deutlich, dass diese beiden Satzungen noch sehr viel Zündstoff in sich bergen.

Die CDU/ANW-Fraktion ist nach dem heutigen Erkenntnisstand für eine Übernachtungssteuer. Allerdings werden wir für eine abschließende Position die Verhandlungen zwischen der Verwaltung und den Verbänden abwarten.

Drei weitere Themen, die Änderung der Sanierungsziele im Bereich „Hafen/Neuer Lustgarten“, die Wiederwahl des Kämmerers und der Schwimmbadneubau auf dem Brauhausberg, prägten die SVV:

Beim Thema „Hafen/Neuer Lustgarten“ ging es unter dem Strich um die zukünftige Gestaltung des Lustgartens. Dass dabei die Meinungen aufeinander prallen, ist stadtbekannt. Unsere Fraktion hat ihre Position wiederholt klar und unmissverständlich vorgetragen. Abriss des Mercure, aber nicht um jeden Preis und die Möglichkeit, der Weißen Flotte an ihrem angestammten Platz ein entsprechendes Gebäude zu errichten. Die Sanierungsziele sind diesen Forderungen anzupassen. Wir haben in der Diskussion unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass in der Novembersitzung endlich eine Entscheidung über die

weitere Entwicklung des Lustgartens fallen muss.

Bei der Wiederwahl des Kämmerers Burkhard Exner (SPD) ging es vor allem darum, ob ohne Ausschreibung die Amtszeit des Kämmerers für weitere acht Jahre verlängert werden könne. Mit einer qualifizierten Mehrheit von 33 Stimmen wurde eine öffentliche Ausschreibung nicht mehr nötig. Damit war der Weg zur Wiederwahl Exners als Kämmerer, übrigens ein Vorschlag des OB, nur noch Formsache. Die anwesenden Fraktionsmitglieder hatten sich in ihrem Stimmverhalten ebenfalls gegen eine Ausschreibung ausgesprochen. Wir wünschen an dieser Stelle dem Kämmerer für sein Amt immer einen Cent mehr im Stadtsäckel als er braucht.

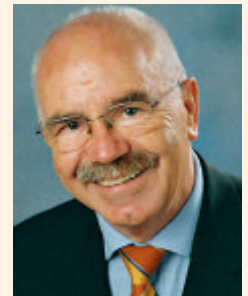
Weitere Beschlussanträge der CDU/ANW, der Linken, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen wurden nach ihrer Einbringung alle in die Fachausschüsse überwiesen. Schwerpunkt aller Anträge war die weitere Behandlung des Themas Hotel Mercure und dem damit verbundenen Neubau der Weißen Flotte.

Das dritte Thema betraf den Bau des Schwimmbades auf dem Brauhausberg. Mit Stimmenmehrheit wurden die Stadtwerke beauftragt, mit den drei Erstplatzierten des Wettbewerbs einen Generalunternehmervertrag zu verhandeln. Entsprechende finanzielle Zielvorgaben wurden in dem Antrag fixiert. Ein Änderungsantrag der CDU/ANW, den Vertrag vor Unterzeichnung dem Hauptausschuss zur Genehmigung vorzulegen, wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wir halten Sie auf dem Laufenden.

Kolumne

„Central Park“ Lustgarten



Großes steht Potsdam bevor, wenn es nach dem Baubeigeordneten Matthias Klipp (Bündnis 90/Die Grünen) geht. Er möchte gerne den Lustgarten in den „Central Park“ Potsdams verwandeln. Dagegen spricht nichts, spielt doch Potsdam, wie man unlängst in der Presse lesen konnte, in der „Champions League“. Einen künstlichen See wie beispielsweise The Pond braucht man nicht zu erschaffen: Fließt doch die Havel direkt am Potsdamer Central Park vorbei und die Weiße Flotte lädt zu Rundfahrten ein. Soweit so gut. Nach dem Abriss des Mercure bietet sich das Areal geradezu an für den Neubau der Weißen Flotte, dort wo seinerzeit die Kunsthalle Hasso Plattner entstehen sollte. Die entsteht jetzt anderswo, nämlich im Palazzo Barberini, dessen Wiederaufbau beschlossene Sache ist, dessen erster Spatenstich aber bisher noch nicht stattgefunden hat. Es reicht nicht aus zu träumen man spiele in der Champions League: Erst einmal muss das Spiel angepfeift werden.

Impressum

Herausgeber:
CDU/ANW-Fraktion in der SVV Potsdam
Stadthaus, Raum 3.093
Friedrich-Ebert-Straße 79-81, 14461 Potsdam
cdu-anw-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

Gesamtherstellung:
GS Druck und Medien GmbH, Potsdam

V. i. S. d. P.
Ulrike Heuer-Serger, Geschäftsführerin
Die Verfasser sind für den Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge verantwortlich



Mehr Infos zu aktuellen Themen sowie alle Antragstexte finden Sie unter

www.cdu-fraktion-potsdam.de

Sieben neue Anträge der CDU/ANW in der SVV

Der Antrag 13/SVV/0545 greift das Thema der Gestaltung der Westwand der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam auf. Die Fraktion beantragt hierzu einen Ideenwettbewerb zu veranstalten. Die Stadt- und Landesbibliothek Potsdam liegt im Herzen der historischen Mitte Potsdams. Sie dient als Schaufenster für die Wissenschaft, wissenschaftlichen Einrichtungen und als deren Repräsentanz in der Stadtmitte. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist eine anspruchsvolle Gestaltung der großen Westwand unabdingbar. Der Ideenwettbewerb soll auf einer breiten Basis durchgeführt werden und möglichst viele, vor allem auch Potsdamer sollen darin einbezogen werden. Ziel muss es sein, eine Lösung zu finden, die von den Potsdamern getragen wird und finanzierbar und realisierbar ist. Die abschließende Bewertung soll durch eine Jury aus Fachleuten und Bürgern erfolgen.

Die Prüfung der Errichtung eines Havelstrandbades Potsdam-West wird in einem weiteren Antrag gefordert. Vor dem Hintergrund der wachsenden familien- und kinderreichen Stadtteile im Westen Potsdams und dem damit einhergehenden steigenden Bedarf an Freizeitangeboten beinhaltet der Antrag 13/SVV/0540 den Auftrag, zu prüfen, ob ein Havelstrandbad Potsdam-West nach dem Vorbild des Strandbades Babelsberg oder dem Waldbad Templin am Ufer der Havel zwischen der Fähre Hermannswerder und dem Areal an der Pirschheide zum Beginn der Badesaison 2014

eingerrichtet werden kann. Das Strandbad ist deshalb notwendig, da die anderen Strandbäder über die Brücken schwer zu erreichen und oft zu stark frequentiert sind.

Die Rückführung der Attikafiguren für das Stadtschloss ist Inhalt des Antrags 13/SVV/0490. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) und der Landesregierung Berlin Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, die Attikafiguren, die sich gegenwärtig auf der Humboldt-Universität befinden, an ihren ursprünglichen Platz auf dem Stadtschlossneubau zurückzuführen. Das Stadtschloss ist zentraler Bestandteil der historischen Mitte. Die größtmögliche Annäherung an die äußere historische Fassade ist daher im besonderen Interesse der Stadt.

Mit einem weiteren wichtigen Thema beschäftigt sich der Antrag 13/SVV/0489 in dem es um die Jugendfreizeiteinrichtung im Bornstedter Feld geht. Im Entwicklungsbereich Bornstedter Feld sind Jugendfreizeiteinrichtungen vorgesehen und in diesem Antrag wird der Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen, ob es möglich ist pädagogische Konzepte für verschiedene Altersgruppen erstellen zu lassen. Diese Konzepte sollen mit den künftigen Nutzern, den Elternvertretungen der beiden Grundschulen im Bornstedter Feld, der Interessenvertretung Bornstedter Feld sowie dem Träger des Schülertreffs Ribbeck-Eck besprochen und abgestimmt werden.

Die Sicherheit im Straßenverkehr ist ein wichtiges Anliegen der CDU/ANW-Fraktion. Auch in dieser SVV gibt es dazu diverse Anträge, wie z. B. der Antrag 13/SVV/0488 in dem der Oberbürgermeister aufgefordert wird zu prüfen, ob die Gefahrenstelle Ecke Priesterstraße/Marquardter Straße durch Sicherheitspiegel an der Feuerwehrausfahrt entschärft werden kann.

In dem Antrag 13/SVV/0491 geht es um die Prüfung einer Fußgängerampel an der Bushaltestelle Römerschanze in Neu Fahrland. Die Tschudistraße ist eine Bundesstraße mit einem sehr hohen Verkehrsaufkommen. Für Anwohner, die im Wohngebiet in der Nähe der Haltestelle „Römerschanze“ leben und für Mitarbeiter der MEAB, die Busse nach Potsdam oder Berlin nutzen wollen, stellt die Überquerung der Tschudistraße eine große Gefahr dar.

Der dritte Antrag, der die Sicherheit im Straßenverkehr im Fokus hat ist die Drucksache 13/SVV/0544 in der der Oberbürgermeister aufgefordert wird, die Umwidmung der Theodor-Echtermeyer-Straße zum verkehrsberuhigten Bereich zu prüfen. In der Theodor-Echtermeyer-Straße wohnen überwiegend Familien mit Kindern, für die die Straße sich als bevorzugter Spielort entwickelt hat. Die Straße ist zum Teil von den Grundstücken aus schlecht einzusehen, was besonders für spielende Kinder ein hohes Gefährdungspotenzial darstellt.

Überprüfung der Fernwärmesatzung



Im Mai hat die SPD mit Unterstützung der Grünen und der FDP beantragt die Fernwärmesatzung der Stadt zu überprüfen. Es sollte geprüft werden, welche Auswirkungen eine Aufhebung des Anschluss- und Benutzungszwanges (gilt nur in Fernwärmevorranggebieten) für Gebäude mit dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung hat. Auf den ersten Blick scheint es sinnvoll zu sein, die Grundstückseigentümer von „Zwangsanschlüssen“ zu befreien. Das Thema wurde im Umweltausschuss und im Hauptausschuss ausführlich diskutiert. Der Geschäftsführer der EWP, Wilfried Böhme, hat

mögliche Auswirkungen im Umweltausschuss ausführlich dargestellt. Ausnahmen vom Anschluss- und Benutzungszwang gibt es für besonders umweltfreundliche Lösungen bereits jetzt. Weitergehende Ausnahmen würden die Wirtschaftlichkeit der Fernwärmeversorgung senken. Die verbrauchsunabhängigen Kosten für die Netze müssten von weniger Grundstückseigentümern finanziert werden, d.h. die Kosten für die Fernwärme würden steigen und dadurch weitere Anreize zum Ausstieg aus der Fernwärme liefern. Durch die Bereitstellung der Fernwärme im Zusammenhang mit der Stromerzeugung (Kraft-Wärme-Kopplung) stellt sich die Fernwärmeversorgung in Potsdam aus ökologischer Sicht sehr positiv da und soll einen erheblichen Anteil zur notwendigen CO₂-Reduzierung beitragen. Durch ein großes Versorgungsnetz kann die Fernwärme für die

Nutzer außerdem zuverlässig und kostengünstig bereitgestellt werden. Es wird durch verschiedene Stadtverordnete immer wieder argumentiert, dass es sich hier nur um einen Prüfauftrag handle, der beschlossenen werden könne. Die CDU/ANW Fraktion ist aber der Meinung, dass auch ein Prüfauftrag Kosten verursacht und Personal bindet. Wenn, wie im vorliegenden Fall, nach ausführlicher Darstellung der Verwaltung kein positives Prüfergebnis zu erwarten ist, sollte eine solche Prüfung deshalb auch nicht beauftragt werden. Dies sah der Hauptausschuss mehrheitlich auch so. Die Stadtverordnetenversammlung am 04.09.13 stimmte dem Antrag trotzdem zu und beauftragte die Prüfung. Für mich stellt sich hier die Frage: Ist dies noch Sachpolitik oder nur noch Wahlkampf?

ganz unterschiedlich da. Für den Standort Bornstedt Carree kann die beantragte Erweiterung auf der anderen Straßenseite möglicherweise das Aus bedeuten, weshalb es hier auch erhebliche Vorbehalte gab. Im Bauausschuss wurde der Vorlage mit drei Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und acht Enthaltungen zugestimmt. Damit war bereits eine Vorentscheidung gefallen. In der CDU/ANW Fraktion gab es hier im Vorfeld kein einheitliches Votum. Insbesondere die Auswirkungen auf das Bornstedt Carree und die Verkehrsbelastung der

Erweiterung des Versorgungsbereichs „Nahversorgungszentrum Bornstedt Carree/Umgebung“

Der Oberbürgermeister und der Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung haben beantragt, den Versorgungsbereich durch eine Ergänzungsfläche so zu erweitern, dass im südlichen Bereich (Stadteinwärts rechts der B273) die Entwicklung eines größeren Vollsortimenters und weiterer Betriebe möglich wird. In einem vorgelegten Gutachten wird diese Entwicklung zur Stärkung des Nahversorgungszentrums empfohlen. Bezogen auf den gesamten Bereich ist dies wohl richtig, stellt sich aber für die Geschäfte rechts bzw. links der B 273

B 273 durch zusätzlichen Kunden- und Lieferverkehr wurde als Problem gesehen. Ich habe deshalb nachfolgenden Ergänzungsantrag eingebracht: Voraussetzung für diese Erweiterung ist der Nachweis, dass der zu erwartende höhere Liefer- und Kundenverkehr die Staugefahr auf der B 273 in diesem Bereich nicht weiter erhöht. Die Verwaltungsvorlage wurde in der SVV am 04.09.2013 mit der eingebrachten Ergänzung mit großer Mehrheit beschlossen.

CDU/ANW vor Ort

Der dritte vor Ort-Termin führte den Fraktionsvorsitzenden der Potsdamer CDU/ANW Fraktion Horst Heinzel am 26. August zu den Potsdamer Verkehrsbetrieben (ViP), dem Mobilitätsdienstleister der Landeshauptstadt. Potsdam ist eine bewegte Stadt: Hier schlägt das Herz des Landes Brandenburg, Millionen Besucher strömen jährlich in die Stadt. Die Bahnen und Busse der ViP fahren rund um die Uhr dafür, dass Potsdam in Bewegung bleibt. Für 80.000 Fahrgäste täglich ist die ViP als 100-prozentiges Tochterunternehmen der Stadtwerke Potsdam GmbH der maßgebliche Dienstleister für die Landeshauptstadt, wenn es um Mobilität geht. Die Mehrzahl der 414 Mitarbeiter sind zu jeder Uhrzeit im Fahrdienst unterwegs – als Straßenbahn- und Busfahrer oder als Fährmann. **Bei dem Besuch beantwortete der Geschäftsführer der ViP Verkehrsbetriebe Potsdam GmbH, Martin Griebner, die Fragen von Horst Heinzel: Die Fahrgastzahlen steigen. Was macht die ViP so erfolgreich?**

Eine wichtige Basis der Verkehrsleistung stellt das gut ausgebildete Gleisnetz mit einer Streckenlänge von 29,8 km dar. Zudem bieten 127 Straßenbahn- und 496 Bushaltestellen den Potsdamern flexible Möglichkeiten der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs. Die Mehrheit der Potsdamer hat es nicht weiter als 300 m bis zur nächsten Haltestelle. Mit 54 Niederflurbussen, 49 Straßenbahnen – die

mit 10 Vario- und 17 Combinobahnen einen hohen Niederfluranteil besitzen – und einer Fähre verfolgt der Verkehrsbetrieb tagtäglich das Ziel, den Einwohnern der wachsenden Stadt Potsdams ein attraktives Verkehrsangebot zu bieten.

Wachstum bringt Veränderungen mit sich: Die Infrastruktur muss angepasst werden. Die ViP muss gemeinsam mit der Stadt dafür sorgen, dass die Nachfrage in ein entsprechendes Angebot umgesetzt wird. Erfreulich ist der Anstieg der Fahrgastzahlen. Waren es in 2007 noch 27,8 Mio. Fahrgäste jährlich, nutzten im Jahr 2012 bereits 29,3 Mio. Personen die öffentlichen Verkehrsmittel (Quellen: Verkehrserhebungen 2007 u. 2010). Die Fahrgeldeinnahmen stiegen im Zeitraum 2007 bis 2011 von 15,6 Mio. € auf 17,5 Mio. € und entwickelten sich seither weiter positiv, sodass im vergangenen Jahr Einnahmen in Höhe von 18,8 Mio. € erzielt werden konnten.

Worin liegen die Hauptursachen für Verspätungen?

Die Herausforderung des Wachstums zeigt sich unter anderem in der erhöhten Bautätigkeit in Potsdam. Die Baustellen beeinflussen den Betrieb der ViP sehr. Die Pünktlichkeit der Busse und Bahnen auf einem hohen Niveau zu halten, ist unter diesen Voraussetzungen sehr aufwendig. Trotz aller Bemühungen kann der Betrieb in einigen Fällen nicht planmäßig aufrecht erhalten werden und es lässt sich leider nicht vermeiden, dass auch Fahrgäste die Konsequenzen zu spüren bekommen.



Wie will die ViP den steigenden Fahrgastzahlen gerecht werden?

Selbstverständlich sind wir gewillt, mit dem Wachstum Potsdams und dem steigenden Fahrgastaufkommen planmäßig und strukturiert umzugehen. So wird nach Abschluss der Baumaßnahme in der Friedrich-Ebert-Straße unter anderem ein neues Buskonzept realisiert werden und auch die Erweiterung des Streckennetzes in den Norden ist geplant. Die Sanierung der Heinrich-Mann-Allee bildet ebenfalls eine sehr wichtige Aufgabe für die Zukunft.

Welche Hindernisse gibt es?

Erschwert wird die angemessene und zeitgerechte Reaktion auf das Wachstum durch die im ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg neu festgelegte Pauschalierung der Mittel, die für größere Sanierungsvorhaben und den Gleisnetzausbau benötigt werden. Diese und andere Herausforderungen werden im ViP-Strategiekonzept 2025 berücksichtigt, dass gerade erarbeitet wird.

Presseinformation

Heinzel: Landeshauptstadt soll als Mäzen des „Lustgartens“ wirken

„Der Neubau der Weißen Flotte“ beschäftigt uns bereits sehr lange, zu lange, wie ich meine“, sagte der Vorsitzende der CDU/ANW-Fraktion am Freitag.

Das Thema Lustgarten mit seinem Umfeld sei ein sensibles Thema, das viele Potsdamer bewege. Wie immer bei solchen Projekten sei das Interesse der Bürger unterschiedlich. Während die einen fordern, den Lustgarten komplett von einer Bebauung frei zuhalten, wünschten sich andere den Neubau der Weißen Flotte auf dem Gelände des Lustgartens oder an dessen Rand. „In all diesen Fällen wurde bisher leider zu keinem Zeitpunkt daran gedacht, dass es einen Investor geben muss, der an diesen vorgeschlagenen Orten auch bauen kann und bauen will“, sagte Heinzel. Jeder solle seine Meinung und Wünsche vortragen können, „aber die Entscheidung, wo letztlich gebaut,

wird trifft allein der Investor – wenn man es ihm denn genehmigt“ sagte Heinzel. Bei allem Gesprächsbedarf dürfe nicht übersehen werden, dass in dem konkreten Fall dies für die Weiße Flotte heißt: Vogel friss oder stirb! „Das kann aber nicht in unserem Sinne sein. An dieser Entscheidung hängen Arbeitsplätze. Es ist einfach von sozialer Verantwortung zu reden, aber die darf kein Lippenbekenntnis bleiben“, sagte Heinzel.

Er schlage daher vor, dass die Stadt Potsdam als Mäzen auftrete, das Hotel Mercure kaufe, um es dann abschließend abzureißen. Dann könne mit dem Bau der Weißen Flotte anstelle der vormals geplanten Kunsthalle begonnen werden. Es dürfe sicher kein Problem bereiten, die Sanierungsziele dementsprechend zu überarbeiten, sagte Heinzel. „Dieses Mäzenatentum muss kurzfristig von der roten

Landesregierung mit präzisen finanziellen Zusagen untermauert werden, sagte Heinzel. Sicher werde auch die Potsdamer SPD beim Vorliegen konkreter Finanzierungspläne durch das zuständige Ministerium ihre Zustimmung nicht verweigern. Damit diese und neue Ideen Eingang in die Überlegungen zum Thema Lustgarten und Weiße Flotte fänden, sei die Überweisung des Antrags 13/SVV/0461 in den Ausschuss Stadtplanung und Bauen sowie in den Hauptausschuss in der letzten Stadtverordnetenversammlung richtig gewesen.

„Ich betone an dieser Stelle im Namen der CDU/ANW-Fraktion ausdrücklich, dass im November eine Entscheidung herbeigeführt werden muss, die keinen Verlierer haben darf, sondern für die Mehrheit der Potsdamer einen Gewinn darstellt. Und wir dürfen nie vergessen, dass daran Arbeitsplätze hängen“, sagte Heinzel.

Christoph Richter ist neuer Beauftragter für Menschen mit Behinderungen CDU/ANW wünscht viel Erfolg und immer eine glückliche Hand im neuen Amt

Am 20. August stellte sich der neue Beauftragte für Menschen mit Behinderungen der Landeshauptstadt Potsdam, Christoph Richter, den Mitgliedern des Gesundheits- und Sozialausschusses vor. Bereits am 1. August hat der 29-jährige Sozialpädagoge aus Kassel die seit rund zwei Jahren unbesetzte Stelle übernommen.

Seine Arbeitsschwerpunkte werden zunächst die Umsetzung des Teilhabeplans, der Ausbau von „Hilfe zur Selbsthilfe“, die „inklusive Stadt Potsdam“ sowie eine weitere Vernetzung der Akteure sein. Die CDU/ANW-Fraktion freut sich auf die Zusammenarbeit und wünscht Christoph Richter für seine wichtige Arbeit viel

Erfolg, Kraft und Ausdauer sowie immer eine glückliche Hand im neuen Amt. Sie hofft zudem, dass mit seiner Einstellung endlich wieder mehr Kontinuität und Verlässlichkeit einkehrt. Die Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf einen starken und von der Verwaltung unterstützten Ansprechpartner.

Potsdam benötigt ein langfristiges Verkehrskonzept



Die Stadt Potsdam und das Potsdamer Umland verzeichnen ein stetiges Bevölkerungswachstum. Während berlinferne Regionen mit Schulschließungen und dem Rückbau von

Infrastruktur zu kämpfen haben, hat die Politik in Potsdam die dankbare Aufgabe, Wachstum und Lebensqualität gestalten zu können. Doch genau hier versagt insbesondere der vom Baubeigeordneten Matthias Klipp verantwortete Bereich Stadtentwicklung und Verkehr. Alltäglich verbringen die Bürgerinnen und Bürger Stunden im Stau. Das trifft sowohl auf den Individualverkehr als auch auf den ÖPNV zu, der staubedingt mittlerweile wenig attraktiv geworden ist. Die Antwort vom Grünen-Politiker Klipp war eine Verhöhnung der Autofahrer. Dabei stellen die kilometerlangen Dauerstaus nicht nur eine Belastung für die Bürger oder für die Umwelt dar, die Folge der Staus ist ein großer volkswirtschaftlicher Schaden. Und: er stellt im Ernstfall eine Bedrohung für Leib und Leben dar, denn die Rettungsdienste können in ärztlichen Notfällen oder nach Unfällen die gesetzlich vorgeschriebene Zeit des Eintreffens innerhalb von 15 Minuten nicht einhalten. Auch hierfür hat der Baubeigeordnete Klipp nur Hohn und Spott übrig.

Die CDU Potsdam fordert deshalb seit langem ein umfassendes Verkehrskonzept, das mit der Bevölkerungsentwicklung, den neuen Wohngebieten und den Ortsteilen im Norden korrespondiert, das wichtige Sozial- und Versorgungseinrichtungen verbindet und den Interessen der Umlandgemeinden sowie den Bestimmungen des Umweltschutzes genügt.

Dazu gehört auch ein leistungsfähiger ÖPNV unter Einbeziehung aller vorhandenen Trassen und Haltepunkte, wobei auch an die Reaktivierung bereits stillgelegter Infrastruktur gedacht werden muss. Ziel muss ein attraktives Angebot sein, auf das Autofahrer problemlos und ohne großen Zeitverlust umsteigen können, egal ob man aus Potsdam oder dem Umland kommt. Potsdam braucht gut ausgebaute und sichere Radwege, gerade auch für unsere Kinder! Fußwege müssen barrierefrei sein.

Das Baustellenmanagement muss dringend verbessert werden. Die Stadt darf nicht im Verkehrsinfarkt ersticken.

Folgende 10 Forderungen stellt die CDU an ein Verkehrskonzept:

- ÖPNV, Individualverkehr, Fahrradverkehr und Fußgängerverkehr müssen gleichberechtigt betrachtet werden.
- Mit den Umlandgemeinden und den nördlichen Stadtteilen muss gemeinsam ein Verkehrskonzept erarbeitet werden, unter Berücksichtigung der rasanten Stadtteilentwicklung.
- Die Pfortnerampeln müssen abgeschafft werden. Weniger Stau und mehr Elektromo-

bilität führen zu einer Verringerung der Luftbelastung. Der Bund fördert übrigens noch immer moderne Rußpartikelfilter.

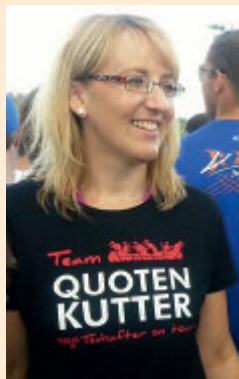
- Die Parkraumbewirtschaftung muss sich unter anderem durch den Bau neuer Parkhäuser im Innenstadtbereich, insbesondere in der südlichen Innenstadt verbessern.
- Die Länder Berlin und Brandenburg müssen sich bei der Verknüpfung der ÖPNV-Systeme besser abstimmen.
- In dicht bewohnten Straßenzügen muss der ruhende Verkehr reduziert werden, z.B. im Holländischen Viertel oder in der Gutenbergstraße.
- Sichere Radwege sind das A und O einer familienfreundlichen Stadt. Hier gibt es erheblichen Verbesserungsbedarf. Es passieren zu viele Unfälle wegen schlechter oder plötzlich wegfallender Markierung oder aufgrund von unübersichtlichen Kreuzungen.
- Die Sicherheit des Fußgängerverkehrs muss insbesondere hinsichtlich der Barrierefreiheit besser gewährleistet werden.
- Ein effizientes Baustellenmanagement, z.B. nach Vorbild des Bundes, hilft Staus zu reduzieren.
- Die CDU macht sich für einen dritten Havelübergang stark. Nur so kann der Innenstadverkehr entlastet werden. Die Option muss im nächsten Bundesverkehrswegeplan offen gehalten werden. Die Wetzlarer Straße muss zur Entlastung des südlichen Verkehrs bis zur Heinrich-Mann-Allee verlängert werden.

Katherina Reiche

Mit dem „Quotenkutter“ ins Ziel

Inklusionsboot mit CDU/ANW-Beteiligung startete zum dritten Mal bei den Potsdamer Wasserspielen

Seit dem Jahr 2011 startet der sogenannte „Quotenkutter“ bei den Potsdamer Wasserspielen. Zur festen Stammbesetzung gehört die CDU/ANW-Stadtverordnete Maïke Dencker.



CDU/ANW-Stadtverordnete
Maïke Dencker
(Foto: Privat)

Dencker: „Im „Quotenkutter“ paddeln Menschen mit und ohne Behinderungen zusammen in einem Boot. Seit 2011 wollen wir damit ein Zeichen setzen, dass Inklusion mehr bedeutet

als z.B. Inklusionsklassen an Schulen. Inklusion und Teilhabe sind in allen Lebenslagen und Situationen möglich, also auch bei den Wasserspielen in Potsdam. Ich bin stolz, dass ich bei dieser wichtigen Mission aktiv dabei sein darf“. Der von Nina Waskowski initiierte „Quotenkutter“ kam am Sonntag, 25.08.2013, beim sogenannten Promi-Rennen als achter Sieger ins Ziel. Bei extrem schwierigen Windverhältnissen, insgesamt neun schnellen Booten und einem sehr engen Feld konnte sich das Inklusionsboot damit zu den beiden Vorjahren deutlich verbessern. Erstmals erreichte das Boot nicht als letztes die Ziellinie. Alle Beteiligten waren von diesem Erfolg begeistert. Dass man im kommenden Jahr ebenfalls wieder an den Start gehen wird, stand am Schluss der Veranstaltung für alle Paddler fest.

Die CDU/ANW-Fraktion gratuliert der Mannschaft des Quotenkutters herzlich und wünscht weiterhin alles Gute und viel Erfolg!



(Foto: Privat)

Obere Reihe: Sabine Henning (Selbstvertreterin), André Deckwerth, Jürgen Maresch (Behindertenpolitischer Sprecher der Linken Landtagsfraktion), Nina Waskowski (Referentin), Jürgen Dusel (Landesbehindertenbeauftragter) u. Martina Trauth-Koschnick (Gleichstellungsbeauftragte Potsdam).
Vordere Reihe: Pamela Maraszek (Siegerin des Iron Roll), Finja Tannert (10 Jahre alt!), Maïke Dencker (CDU/ANW-Stadtverordnete) u. Dirk Tannert (Aikempo-Trainer für Menschen mit und ohne Behinderung). Der Quotenkutter hatte mit dieser Besetzung einen 430 % Grad der Behinderung.